

# „Zukunft des Goethe-Institutes“ – Anmerkungen zur Strategie der Mittlerorganisation und zur Umsetzung des Sprach- und Kulturauftrages

Positionspapier zur öffentlichen Anhörung des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages, 26. Juni 2006, Paul-Löbe-Haus, Berlin

Gerald Schneider\*  
 Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft  
 Universität Konstanz

## Zusammenfassung

Die gegenwärtige Strategiedebatte des Goethe-Institutes kommt sehr spät. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auf dem Felde der Auswärtigen Kulturpolitik (AKP) vergleichbar aktive EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Großbritannien ihre Satellitennetze längst an den globalen Erfordernissen ausgerichtet haben, das Goethe-Institut aber an einer relativ strukturkonservativen Standortpolitik festgehalten hat. Wie zwei Evaluationsstudien des Autors zeigen, orientiert sich die praktische Politik dieser zentralen AKP-Mittlerorganisation Deutschlands nur begrenzt am engen Auftrag der Sprach- und Kulturvermittlung. So spielt in der Entsendung von Mitarbeitern die touristische Attraktivität des jeweiligen Gastlandes eine zentrale Rolle; die Nachfrage eines Gastlandes nach deutscher Kultur und Sprache scheint ein Nebenfaktor zu sein.

Angesichts dieser nur beschränkt auftragskonformen und zukunftsgerichteten Standortstrategie scheint es empfehlenswert,

- die künftige Standortauswahl und die personelle Ausstattung der Gaststaaten mit Mitarbeitern des Goethe-Institutes stärker am Grundauftrag zu orientieren;
- dabei die langfristigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands ebenso zu berücksichtigen wie die künftige Nachfrage nach deutscher Kultur und Sprache;
- die Aktivitäten des Mittlers weniger auf abstrakte Ziele wie Völkerverständigung und Friedenssicherung auszurichten, die für die praktische Arbeit weitgehend irrelevant sind;
- die Effektivität der Arbeit des Goethe-Institutes und anderer AKP-Mittlerorganisationen so systematisch zu erheben, wie es vor ein paar Jahren im Auswärtigen Amt im Rahmen einer umfassenden Evaluation der AKP angedacht war.

---

\* Gerald Schneider, geb. 1962 in Zürich, ist seit 1997 Ordinarius für Internationale Politik an der Universität Konstanz und geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift „European Union Politics“. Zuvor war er unter anderem Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart, Programmleiter an der Universität Bern und Lehrbeauftragter am Institut universitaire des hautes études internationales in Genf. Zur Auswärtigen Kulturpolitik hat er verschiedene Aufsätze vorgelegt; für dieses Positionspapier sind Schneider und Schiller (2000) sowie Treutlein und Schneider (2006) relevant. Der Verfasser dankt Daniela Treutlein für Kommentare und die Gelegenheit, aus einem gemeinsamen Papier zu zitieren, und Stefan Baron für seine Hilfe bei den Berechnungen zur Nachfrage nach Leistungen des Goethe-Institutes.

*Anschrift:* Gerald Schneider, Fachbereich für Politik- und Verwaltungswissenschaft, Fach D 86, Universität Konstanz, 78457 Konstanz; Telefon: 07531/882608 oder -3081; Fax: -2774, Email: [gerald.schneider@uni-konstanz.de](mailto:gerald.schneider@uni-konstanz.de)

## 1. Einleitung

Die strategische Ausrichtung des Goethe-Institutes (GI) gerät mittlerweile alle paar Jahre in die Schlagzeilen der Presse. Während 1999 bei der letzten Debatte um die Standortwahl noch der Abbau von Zweigstellen in Westeuropa und den USA zugunsten mittel- und osteuropäischer Staaten im Vordergrund des Medieninteresses stand, sind derzeit vor allem die geplanten Verlagerungen in den außereuropäischen Raum ins Zentrum der Diskussionen gerückt. Überlagert werden diese Debatten immer wieder durch Auseinandersetzungen darüber, wie sich die Schließung einzelner Filialen oder der Abbau bestimmter Angebote in Zweigstellen auf den Stellenwert der deutschen Kultur oder Sprache im jeweiligen Gastland auswirken. Der Streit um die geplante Reduktion in Kopenhagen ist das jüngste Beispiel für eine Berichterstattung, die sich vorwiegend auf Einzelfälle ausrichtet. Dass das Goethe-Institut gleichzeitig in vielen möglichen Gastländern nicht präsent ist oder angesichts der gegenwärtigen oder künftigen Bedeutsamkeit dieser Staaten zu wenige Mitarbeiter entsendet, verschweigen die Medien hingegen zumeist.

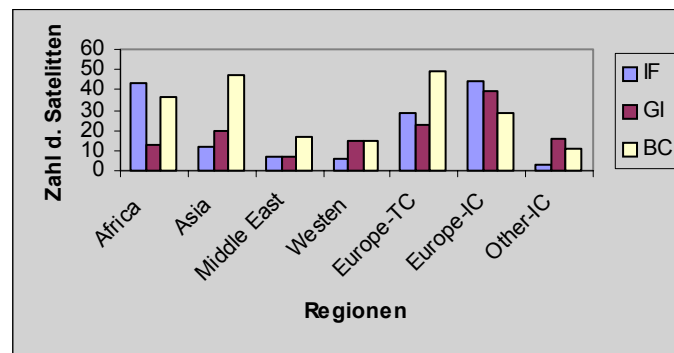
Dieses Positionspapier gründet auf der Prämisse, dass sich die Standortpolitik des Goethe-Institutes eng an den Vorgaben orientieren sollte, welche die Politik diesem zentralen Mittler setzt. Zur Erinnerung sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass die Satzung des Goethe-Institutes die folgenden Hauptziele für die Organisation in den Vordergrund rückt: i) „die Förderung der Kenntnis deutscher Sprache im Ausland“; ii) „die Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit“; iii) „die Vermittlung eines umfassenden Deutschlandbildes durch Informationen über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben“ (Goethe-Institut 2006).

Das Problem dieser Ziele liegt darin, dass sie sich nur sehr schwer operational fassen lassen. Dies führt unweigerlich dazu, dass den geographischen Prioritäten des Goethe-Institutes fast zwangsläufig andere Kriterien zugrunde liegen. In zwei Studien mit Ko-Autorinnen (Schneider und Schiller 2000, Treutlein und Schneider 2006) konnte der Verfasser zeigen, dass die tatsächliche Politik des Goethe-Institutes nur bedingt etwa die Menschenrechtspolitik der Gaststaaten berücksichtigt, wie es die Politik seit den 1990er Jahren im Gefolge der „Good Governance“-Diskussionen auch von der Auswärtigen Kulturpolitik (AKP) fordert (Schneider und Schiller 2000). Was bei der Standortpolitik und der Mitarbeiterentsendung hingegen eine Rolle zu spielen scheint, sind Faktoren, die sich nur indirekt oder überhaupt nicht mit dem Auftrag des GI in Verbindung bringen lassen. Treutlein und Schneider (2006) können etwa demonstrieren, dass es bei der Mitarbeiterentsendung eine Rolle spielt, wie touristisch attraktiv ein Gastland ist.

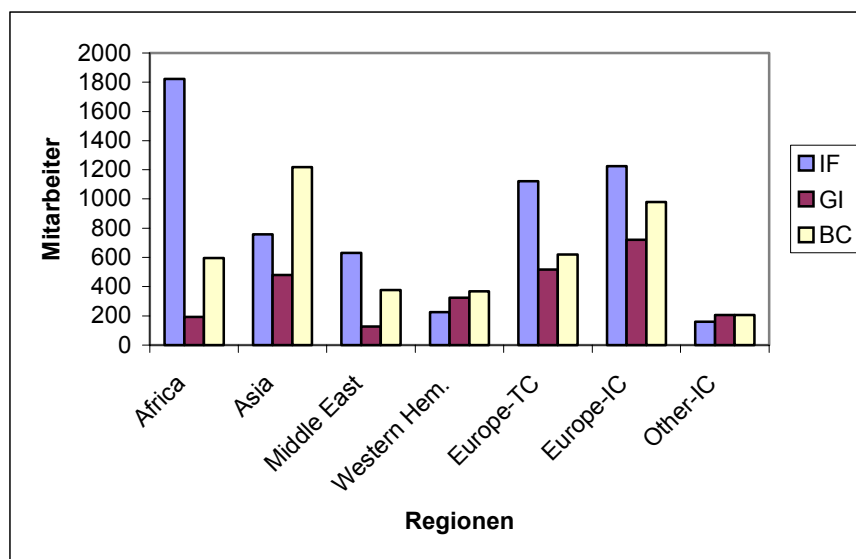
Trotz dieser eigentlich unstatthafter Gewichtung der Standorte anhand von Sekundärkriterien, denen sich auch andere Mittler wie das Institut Français (IF) oder, eingeschränkter, der British Council (BC) nicht entziehen können, ergeben sich beträchtliche Differenzen in der Prioritätensetzung der drei großen EU-Staaten. So war das IF zu Beginn dieses Jahrzehnts sehr stark auf Afrika ausgerichtet, während für den BC besonders das postkommunistische Europa und Asien Schwerpunkte der Arbeit waren. Beim Goethe-Institut ergibt sich hingegen eine starke, in der Presse mittlerweile intensiv diskutierte Ausrichtung auf Westeuropa, wie sich in der Graphik 1 zeigt.

### Graphik 1: Geographische Prioritäten der AKP

*1A: Gesamtzahl der AKP-Satelliten nach Weltregion*



*1B: Gesamtzahl der AKP-Mitarbeiter nach Weltregion*



Western Hem. = Western Hemisphere; Europe-TC = Eastern European Transition Countries Europe-IC = Western European Industrial Countries, Other-IC = Other Industrial Countries (Quelle: Treutlein und Schneider 2006, Länderklassifikation nach dem IWF)

Die nachfolgende Analyse untersucht diese Divergenzen und zeigt auf, wo ein Nachholbedarf für das Goethe-Institut besteht und in welchen Gastländern eher Kürzungen im Personalbestand zu rechtfertigen wären, sollten Reduktionen unumgänglich sein. Darüber hinaus versuche ich in der weitgehenden Absenz von systematischen Studien zu umreißen, wie erfolgreich die Arbeit des Goethe-Institutes ist und inwiefern eine erweiterte Zielsetzung die Effektivität der GI-Aktivitäten mindert. Die Ausführungen schließen mit dem Fazit und den Empfehlungen.

## **2. Standortwahl – Erkenntnisse aus zwei politikwissenschaftlichen Evaluationen**

Eine letzte umfassende Evaluation der Deutschen AKP wurde vom Konstanzer Soziologen Peisert (1978) vor bald drei Jahrzehnten vorgelegt. Seither sind zwar eine Vielzahl von Studien in verschiedenen sozial- und geisteswissenschaftlichen Disziplinen zu Teilaspekten entstanden, doch es fehlt an einer Gesamtanalyse zur Strategie und deren Umsetzung in der alltäglichen Kulturarbeit.

Im Gefolge der Studie von Peisert hat der Verfasser zwei Analysen in Zusammenarbeit mit zwei Konstanzer Diplomandinnen vorgelegt. Diese Untersuchungen befassen sich zum einen mit den Faktoren, welche die Wahl der Standorte des Goethe-Institutes Ende der 1990er Jahre bestimmten (Schiller und Schneider 2000). Zum anderen wird in einer neuen Studie untersucht, inwiefern sich die Standortpolitik des Institut Français, des British Council und des Goethe-Institutes unterscheiden (Treutlein und Schneider 2006). Die nachfolgenden Äußerungen beziehen sich vorwiegend auf die letztgenannte, aktuelle Untersuchung.

Treutlein und Schneider (2006) untersuchen die doppelte Herausforderung des Goethe-Institutes, in a) welchen Ländern es aktiv zu werden gedenkt und b) wie viele Mitarbeiter in den jeweiligen Gastländern angestellt werden sollen, wenn einmal die Standortentscheidungen gefällt sind. Dabei vergleichen sie die Politik des deutschen Mittlers mit jener des Institut Français und des British Council. Für die drei Organisationen zusammengenommen zeigt es sich, dass besonders die Handelsbeziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und den Gastländern erklären, weshalb AKP-Institute entstanden sind. Darüber hinaus wird deutlich, dass Großbritannien und Frankreich eher in ehemaligen Kolonien als in anderen Staaten Zweigstellen ihrer Mittler errichten. Ferner gilt für die drei bevölkerungsstarken EU-Mitgliedstaaten, dass sie tendenziell eher in ärmeren als in reichen Staaten Zweigstellen eröffnen, wobei sich ein erhöhtes Bildungsniveau positiv auf die Chance für potentielle Gastländer auswirkt, tatsächlich eine oder mehrere Zweigstellen der Kulturinstitute der drei europäischen Mächte zu beherbergen.

Wenn einmal die Grundsatzentscheidung zur Errichtung einer Zweigstelle gefallen ist, entsteht die Frage nach der Zahl der Mitarbeiter, die eine Mittlerorganisation in ein Gastland entsendet. Hier sind besonders zwei Faktoren entscheidend – die Bevölkerungsgröße eines Gastlandes sowie dessen touristische Attraktivität. Diesen letztgenannten Bestimmungsfaktor haben wir in die Untersuchung aufgenommen, um zu überprüfen, inwieweit die Prioritätensetzung der Institute dem Mandat der politischen Auftraggeber folgt oder aber abhängig von Sekundärkriterien ist, welche der Effektivität der Gesamtarbeit abträglich ist. Wie der Vergleich der Institute ergibt, erweist sich dieser Orientierungspunkt, der sich durch die Zahl europäischer Touristen im jeweiligen Gastland berechnen lässt, besonders für Frankreich und für Deutschland – oder besser: das Institut Français und das Goethe-Institut – als erklärungs mächtig. Übersetzt bedeutet dies, dass das Goethe-Institut die Entsendung von Mitarbeitern in einem übergroßen Ausmaß an der Attraktivität des Gastlandes und nicht etwa an der Zahl der Deutschsprechenden oder der über andere Indikatoren erhobenen Nachfrage nach Angeboten des Mittlers ausrichtet. In der Terminologie der modernen Sozialwissenschaften scheint also in der AKP ein deutliches Prinzipal-Agenten-Problem zu bestehen. So nutzt der Agent – das Goethe-Institut – seinen Informationsvorsprung gegenüber anderen Akteuren wie dem Bundestag oder dem Auswärtigen Amt dahingehend aus, die Mitarbeiter vermehrt in Orte zu entsenden, denen bei einer engen Auslegung des Mandates eigentlich keine massive Aufmerksamkeit zukommen sollte.

Wie hinlänglich bekannt, versucht das Goethe-Institut nun seine Standortpolitik neu auszurichten. Dabei steht besonders Asien im Blickpunkt des Münchner Mittlers. Aufgrund der Daten von Treutlein und Schneider (2006) habe ich errechnen lassen, ob sich diese Positionierung aufdrängt; die Analyse folgt dabei der Forschungsanlage, die in Schneider und Schiller (2000) ausführlich dargelegt ist. Gleichzeitig habe ich evaluiert, ob in bestimmten Gastländern angesichts der Sparzwänge eine Reduktion der Zahl der Mitarbeiter vertretbar wäre. Hervorgehoben sei, dass mit diesen Berechnungen keine Kürzungen gerechtfertigt werden sollen. Viel mehr geht es darum zu zeigen, dass sich die Standortpolitik des Goethe-Institutes auf klare Kriterien stützen kann, wie sie beispielsweise bei Förderentscheidungen im Wissenschaftsbetrieb gang und gäbe sind.

Da es an guten Daten zur aktuellen und künftigen Nachfrage nach Leistungen des Goethe-Institutes mangelt, habe ich die Prozentzahl der Erwachsenen mit tertiärer Ausbildung und die Bevölkerungsgröße eines Gastlandes als Erklärungsfaktoren für die Nachfrage nach Leistungen des GI genommen. Aufgrund dieser quantitativen Analysen lässt sich auch für das Goethe-Institut eruieren, in welchen Gastländern ein Ausbau der Mitarbeiterzahlen vonnöten

wäre und in welchen nicht.<sup>1</sup> Nachfolgend sind die 15 Länder mit dem größten Nachholbedarf und die 15 Länder mit ausgeprägten Reduktionsmöglichkeiten dargestellt:

*Ausbauländer:* 1) Vereinigte Staaten; 2) Kanada; 3) Puerto Rico; 4) Slowenien; 5) Costa Rica; 6) Panama; 7) Moldawien; 8) Malta; 9) Ecuador; 10) Dominikanische Republik; 11) Australien; 12) Tadschikistan; 13) Libyen; 14) Turkmenistan; 15) Zypern.

*Abbauländer:* 1) Norwegen; 2) Belgien; 3) Frankreich; 4) Vereinigtes Königreich; 5) Spanien; 6) Russland; 7) Niederlande; 8) Japan; 9) Italien; 10) Schweden; 11) Dänemark; 12) Ukraine; 13) Griechenland; 14) Weißrussland; 15) Georgien.

Diese zwei Listen sollen natürlich nur erste Anhaltspunkte liefern; sie können eine detaillierte, systematische Analyse durch das GI und seine Auftraggeber nicht ersetzen. Die von mir vorgenommene quantitative Analyse soll in dem Sinne auch nur aufzeigen, ob die derzeit vom GI forcierte künftige Standortpolitik in die richtige Richtung zeigt. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass zum einen der angestrebte Abbau in Westeuropa – oder zumindest bestimmten westeuropäischen Ländern – sicher zu rechtfertigen ist. Gleichzeitig scheint es aber fraglich, ob der Blick des GI künftig vor allem nach Asien gehen soll. Vielmehr besteht sogar bei einem asiatischen Partnerland – Japan – durchaus eine Kürzungsmöglichkeit, die unter Umständen in der gleichen Region anderen Ländern zu Gute kommen sollte. Die Analyse zeigt auch, dass bestimmte Länder wie die USA, Kanada oder Zypern, die Opfer der letzten Kürzungsperiode waren, durchaus wieder in den Blickpunkt der Standortpolitik des GI geraten könnten und dass einige lateinamerikanische Nationen oder GUS-Staaten im Gegensatz zur Ukraine oder Russland vermehrt Beachtung genießen sollten.

### **3. Die praktische Arbeit des Goethe-Institutes – Mutmaßungen zur Effektivität**

Eine Evaluation der Standortpolitik sagt natürlich noch nichts darüber aus, wie effektiv das Goethe-Institut an einzelnen Standorten ist und ob etwa andere Mittler wie der British Council ihre vergleichbaren Aufgaben besser erfüllen. Das Problem besteht allerdings darin, dass die praktische Arbeit der deutschen Mittlerorganisationen seit Jahrzehnten keiner systematischen

---

<sup>1</sup> Die Analyse beruht auf einer sog. Negativen Binomial-Regression. Bei diesem statistischen Schätzverfahren wird der Einfluss von möglichen Determinanten (in diesem Fall der Bedeutung des tertiären Bildungssektors und der Bevölkerungsgröße) auf die Zahl der Mitarbeiter in einem tatsächlichen oder auch nur möglichen Gastland geschätzt. In die Untersuchung waren 150 Staaten einbezogen und damit auch Länder, in denen das Goethe-Institut zurzeit keine Antenne hat. Die Berechnung eines einfachen linearen Regressionsmodells mit den gleichen Erklärungsfaktoren führte tendenziell zu denselben Resultaten; aus statistischen Gründen sind die hier ausgewiesenen Berechnungen über die Negativ Binomial-Regression vorzuziehen. Anzumerken ist noch, dass Österreich und die Schweiz zwar als potentielle Gastländer des GI in der statistischen Analyse auftauchen, hier in Übereinstimmung mit der Politik des GI aber nicht ausgewiesen sind.

Wirksamkeitsanalyse unterzogen wurde. Dies ist besonders deshalb störend, weil in anderen Teilbereichen der Außenpolitik – wie der Entwicklungspolitik – Evaluationen zum täglichen Geschäft gehören und vor ein paar Jahren tatsächlich eine solche Untersuchung geplant war, die dann aber nicht zustande kam. Wie solche Analysen aussehen könnten, hat der Verfasser an verschiedenen Vorträgen dargelegt (z. B. Schneider 2002).

Die nachfolgende Analyse kann deshalb nur aus theoretischer Warte darstellen, inwiefern die in den letzten Jahren vorgenommene Erweiterung des Pflichtenheftes der AKP in Richtung Konfliktprävention sinnvoll ist. Im grundlegenden Dokument „Auswärtige Kulturpolitik - Konzeption 2000“ des Auswärtigen Amtes (2000:1) heißt es:

„Unsere Kulturpolitik im Ausland ist nicht einfach neutral, sondern orientiert sich an Werten. In Fragen der Demokratieförderung, Verwirklichung der Menschenrechte, Nachhaltigkeit des Wachstums, Teilhabe am wissenschaftlich-technologischen Fortschritt, Armutsbekämpfung oder Schutz der natürlichen Ressourcen bezieht sie eindeutig Position“.

Diese Ziele, die selbstredend auch für das GI gelten, erweitern die Erwartungen an die AKP beträchtlich. Zwar ließe sich leicht einwenden, dass solche Ziele dermaßen wolkig sind, dass sie für die praktische Arbeit bedeutungslos sind. So ist ja anzunehmen und zu hoffen, dass die gesamte deutsche Politik sich an Leitlinien wie Demokratieförderung oder Armutsbekämpfung orientiert. Das Problem von solch abstrakten Zielen ist aber darin zu sehen, dass sie vom engen Auftrag des Goethe-Institutes ablenken und so die Wirksamkeit der Programmarbeit schwächen, die ja in der direkten Kulturvermittlung und Sprachausbildung besteht. In anderen Worten: Das Goethe-Institut kann höchstens mittelbar zu weiter gefassten Zielen der Deutschen Außenpolitik wie Wohlstandssicherung, Völkerverständigung und Friedensförderung beitragen. Da ohnehin alle Handlungsträger in der Außenpolitik auf solche Ziele hinarbeiten und oft auch speziell dafür ausgebildet sind, kann eine Indienstnahme des Goethe-Institutes für allgemeine Ziele höchstens die Kohärenz der Außenpolitik gefährden, weil nicht mehr klar ist, wer für was zuständig ist, und sich so die Maßnahmen der verschiedenen Träger der Außenpolitik leicht gegenseitig aufheben.

Dass das Goethe-Institut zum Teil selbst nicht genügend stark auf seinem Kernauftrag beharrt, mag auf den ersten Blick verwundern. Angesichts des enormen finanziellen und politischen Druckes, der auf der Organisation lastet, ist es aber wenig verwunderlich, dass sich die Organisation in allgemeine Ziele flüchtet und über die kurzatmige Suche nach Legitimation die Konturen der Programmarbeit verwischt.

#### 4. Fazit und Empfehlungen

Angesichts der budgetären Engpässe ist die Aufgabe des Goethe-Institutes, sich strategisch neu zu orientieren, alles andere als leicht. Ähnliche Reformen haben aber die Mittlerorganisationen anderer Staaten mittlerweile vollzogen, so dass die erneute intensive Diskussion überrascht. Die Politik muss aber die anstehende, im Prinzip begrüßenswerte Neuausrichtung der Standortpolitik durch Zielvorgaben begleiten. Dabei ist aber vor Aktionismus, Gängelei und übertriebenen Erwartungen zu warnen. Sinnvoll schiene es mir viel mehr, die Standortpolitik längerfristig zu orientieren und auf einige jener Nachfrageindikatoren zu stützen, die schon Peisert (1978) identifiziert hat und die ich in meinen eigenen Evaluationen der Standortpolitik benutzt habe (Schneider und Schiller 2000, Treutlein und Schneider 2006).

Wenn das Goethe-Institut einen klaren Kriterienkatalog für seine Standortpolitik entwürfe, könnte es sich auch in Kürzungsdebatten besser legitimieren. Gegenwärtig wird ja wie 1999, als schon einmal Kürzungen und Schließungen vorwiegend in Westeuropa beschlossen wurden, über Einzelfälle diskutiert, ohne dass das GI solche Vorbehalte durch ein klares Konzept kontern könnte. Wenn der zentrale Mittler klar machen könnte, dass ein Abbau in einem bestimmten Land mit einem gezielten, vom Auftrag des GI her definierbaren Ausbau in einer anderen Weltregion verbunden wäre, würden sich viele Kritiker als Besitzstandwahrer entpuppen. Die hier vorgelegte Analyse hat allerdings auch gezeigt, dass die Ausrichtung auf bestimmte asiatische Länder zwar tendenziell richtig scheint, dass aber gleichzeitig in anderen Ländern und Regionen Lücken bestehen und sich somit die Privilegierung eines bestimmten Kontinentes oder Landes wie der VR China nicht aufdrängt.

Eine strategische Orientierung der Standortpolitik würde überdies bedeuten, dass das Goethe-Institut die Standortwahl der unmittelbaren Konkurrenten berücksichtigt und je nach dem komplementär zum Standortnetz von AKP-Instituten anderer Staaten auftritt oder in bestimmten Regionen noch die Zusammenarbeit mit diesen befreundeten Ländern stärkt. Besonders die Zusammenarbeitsmöglichkeiten, die sich über die EU bieten, scheinen noch nicht vollständig ausgereizt.

Die folgenden vier Punkte fassen meine Empfehlungen zusammen:

1. Aufgrund meiner Vorarbeiten und der für das Hearing durchgeführten Auswertungen der relevanten Daten empfehle ich den Auftraggebern des Goethe-Institutes und dem GI selber, eine langfristige und nachfrageorientierte Standortpolitik zu entwerfen, welche auch die Aktivitäten anderer Staaten wie auch der EU berücksichtigt.



2. Die Standortpolitik des Goethe-Institutes sollte sich danach orientieren, in welchen Ländern und Regionen die Nachfrage nach deutscher Kultur und Sprache künftig wachsen wird und in welchen Ländern sich über eine gezielte Arbeit diese Nachfrage weiter stimulieren lässt. Dazu sind sinnvolle Indikatoren zu entwerfen, die nach außen hin transparent dargestellt werden sollten. Zu den möglichen „Wachstumsmärkten“ des GI wird sicher China gehören, aber auch einige andere Länder und Regionen, die in der gegenwärtigen Diskussion bis jetzt keine Rolle gespielt haben.
3. Das Goethe-Institut sollte die Gelegenheit haben, seine Politik primär am engen Auftrag der Kultur- und Sprachvermittlung zu orientieren. Die Indienstrategie des Goethe-Institutes für weit gefasste, für die praktische Politik zu abstrakte Ziele wirkt eher kontraproduktiv. Deshalb scheint eine Überprüfung gewisser Elemente der "Konzeption 2000" wünschenswert.
4. Ein Legitimationsproblem für das Goethe-Institut wie für die Auswärtige Kulturpolitik allgemein besteht darin, dass wenig systematisches, über den Einzelfall hinausreichendes Wissen über die praktische Arbeit vorhanden ist. Für die Geldgeber der Mittlerorganisationen ist es besonders unbefriedigend, dass wir eigentlich nichts über die Wirksamkeit der Arbeit des Goethe Institutes und anderer AKP-Mittlerorganisationen wissen. Deshalb wäre es wichtig, die Pläne für jene systematische Evaluation wiederzubeleben, die vor ein paar Jahren im Auswärtigen Amt angedacht war, dann aber nicht zur Ausführung gelangte.

## 5. Literatur

- Auswärtiges Amt 2000. *Auswärtige Kulturpolitik - Konzeption 2000*. (<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Kulturpolitik/ZieleUndPartner/Konzept2000.pdf>)
- Goethe-Institut 2006. *Aufgaben und Ziele*. (<http://www.goethe.de/uun/auz/deindex.htm>).
- Peisert, Hansgert 1978. *Die Auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Klett.
- Schneider, Gerald 2002. „Klare Ziele und offene Quellen. Zur erfolgreichen Evaluierung der Auswärtigen Kulturpolitik“. *Zeitschrift für Kulturaustausch* 1/2002
- Schneider, Gerald; Schiller, Julia 2000. „Goethe ist nicht überall: Eine empirische Analyse der Standortentscheidungen in der Auswärtigen Kulturpolitik“. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*. 7/1: 5-32.
- Treutlein, Daniela; Schneider, Gerald 2006. „Culture – here, there, everywhere? The location of foreign cultural institutes of three European states around the world“. Unveröffentlichtes Manuskript, Universität Bonn/Universität Konstanz (<http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/GSchneider/downloads/papers/CulturePublicChoiceFinal.pdf>).